

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Katharina Focke MdEP fordert auf, die unwürdige Warterei bei Grenzkontrollen in der EG abzuschaffen. Seite 1

Egon Bahr MdB, SPD-Präsidiumsmitglied, würdigt Paul Frank anlässlich seines 65. Geburtstages. Seite 2

Peter Glotz, Bundesgeschäftsführer der SPD, wertet den Mainzer-Appell der Naturwissenschaftler: Viele Parallelen zu den Sozialdemokraten. Seite 3

Egon Lutz MdB analysiert die jüngsten Arbeitslosenzahlen: Kein Silberstreif am Horizont. Seite 5

Klaus Arndt weist falsche Behauptungen aus der Union über die Natur der Ostverträge zurück. Seite 7

38. Jahrgang / 124

4. Juli 1983

Grenzkontrollen sind überflüssig

Die Bundesregierung kann ein Zeichen des guten Willens setzen

Von Dr. Katharina Focke MdEP

Designierte Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahlen 1984

Bundeskanzler Helmut Kohl ist zum Handeln aufgefordert: Er muß die vorgeschobenen Bedenken seines Innenministers überwinden und dafür sorgen, daß die schönste Zeit des Jahres, die Ferienzeit, nicht wieder durch ärgerliche Wartezeiten an den EG-Binnengrenzen verdorben wird.

Am 6. Juli beginnen in Nordrhein-Westfalen die Sommerferien. Hunderttausende von Menschen werden mit dem Wagen in den wohlverdienten Urlaub starten. Es wird Staus auf den Autobahnen und Bundesstraßen geben. Vor allem aber: Wertvolle Urlaubszeit und Nervenkraft wird den Bürgern der Europäischen Gemeinschaft - alle Jahre wieder - geraubt, weil sie an den Grenzen zu den EG-Nachbarländern in langen Schlangen sinnlos warten müssen.

Das Europäische Parlament hat eben wieder auf der Grundlage des Schleier-Berichts gefordert, die Kontrollen abzuschaffen und nachgewiesen, daß sie überflüssig sind. Es hat auch konkrete Vorschläge gemacht, wie noch in diesem Sommer die Abfertigung an den Grenzen zu unseren westlichen und nördlichen Nachbarn für EG-Bürger durch wenige Stichproben spürbar beschleunigt werden kann.

Im Namen der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordere ich die Bundesregierung auf, voranzugehen und mitzuhelfen, die der EG unwürdige Warterei an den Grenzen zu beenden. Sie kann ein Zeichen des guten Willens setzen, indem sie Bundesgrenzschutz und Zoll anweist, auf Kontrollen weitestgehend zu verzichten.

Das wird zur Nachahmung anspornen und den Bürgern wieder mehr Vertrauen in die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft geben.

(-/4.7.1983/bgy/ca)



Als Diplomat eine Klasse für sich

Paul Frank ist 65 Jahre alt geworden

Von Egon Bahr MdB

SPD-Präsidiumsmitglied

Gute Diplomaten sind weise; sie kennen die Grenzen der Macht - was das Gleiche ist. Zu ihrem Handwerkszeug gehört eine Beobachtungsgabe von der Schärfe eines Seziermessers und die Unbestechlichkeit, mit der dann die Diagnose gestellt wird. Sie ist oft bitter wie manche Medizin.

Paul Frank ist ein solcher Diplomat, einer der besten, die unserem Land nach dem Kriege gedient haben, in Paris, wo ihn der Weitblick de Gaulles ebenso schützte wie die Einsicht in die Grenzen, die die Möglichkeiten eines Landes auch der darüber hinausgehenden Größe seines politischen Führers auferlegten.

Der leidenschaftliche Europäer Paul Frank fand bei der Inventur, der er den Titel "Entschlüsselte Botschaft" gab, die resignative Erkenntnis: "Der Traum von einem vereinten, solidarischen Europa, der auch der Traum von einer neuen Gesellschaft war, ist ausgeträumt. Wir sind nur noch nicht aus dem Traum erwacht."

Eine "kleine" Sache darf nicht vergessen werden: Die Art, in der Paul Frank als Sonderbotschafter in Südkorea aus der Bundesrepublik entführte Koreaner befreite, mit nichts materiellem in der Hand, aber mit Überzeugungskraft, Einfühlbarkeit, Rücksicht, persönlichem Mut und der Fähigkeit Vertrauen zu wecken, sollte zum Standard der Ausbildung unserer jungen Diplomaten gemacht werden.

Als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in der Zeit, als Willy Brandt Bundeskanzler war, hatte Frank Gelegenheit, seine Fähigkeiten in der Schlußrunde der Moskauer Verhandlungen im August 1970 ebenso zu zeigen, wie bei den Schlußverhandlungen zum Vertrag mit der Volksrepublik Polen und später beim entsprechenden Vertrag mit der CSSR, wobei ihm Geduld und Scharfsinn für die Regelung dessen, was uns das Münchner Abkommen hinterlassen hatte, besonders zugute kamen.

Statt von Entspannung zu sprechen, zog er den Ausdruck *modus vivendi* vor, der schließlich Entspannung schafft, in dem Interessen unterschiedlicher Staaten handfest und so begrenzt das möglich ist, auf einen Nenner gebracht werden. Frank ist ein Mann, der weiß, daß unser Verhältnis zum Osten das Schicksal der Bundesrepublik ist, das nur mit dem verlässlichen Rückhalt im Westen gemeistert werden kann. Die wichtigste Voraussetzung dafür, den Zipfel ergreifen zu können, falls der Mantel der Geschichte ihn vorüberwehen läßt, ist Vertrauen. Wer kein Vertrauen schaffen kann, ist ein schlechter Politiker und ein schlechter Diplomat. Es würde interessieren, was Frank heute in diesem Zusammenhang über Washington, Bonn und Moskau denkt. Aber man kann es ahnen.

Frank, der Walter Scheel als Staatssekretär in das Bundespräsidialamt begleitete und dem Staatsoberhaupt bei dessen eindrucksvollen Reden sicher mehr half als seine Discretion erkennen ließ, schied mit Scheel aus dem Amt, früher als er mußte. "Gehen bevor man weggeschickt oder weggelobt wird, schien ihm fast so wichtig wie das Leben selbst", so schrieb Frank später. Seine Stimme der Klugheit und der Erfahrung sollte gefragt sein. Es würde sich lohnen, gerade für die, die heute regieren,

(-/4.7.1983/ks/va)

+ + +



Der Verantwortung gereicht werden

Der unüberhörbare Appell der Naturwissenschaftler

Von Peter Glotz

Bundesgeschäftsführer der SPD

Im Mainz haben sich übers Wochenende 3.300 Naturwissenschaftler aus der Bundesrepublik und dem westlichen Ausland getroffen, um über die akute Gefährdung des Weltfriedens zu sprechen. Sie haben keine akademische Diskussion geführt, sondern einen "Appell zur Verantwortung für den Frieden" beschlossen, der unüberhörbar sein sollte: Wenn die, die wissen, was die Menschheit riskiert, wenn sie die Naturwissenschaften den Militärs überläßt, sich aus ihrer besonderen Verantwortung zu Wort melden, dann kann sich die Politik dem nicht entziehen, wenn sie selbst verantwortlich bleiben will.

Der Mainzer Appell der Naturwissenschaftler ist zum einen seines Inhaltes wegen bemerkenswert:

- Er nimmt die Forderung aus den USA auf, die atomare Rüstung in Ost und West einzufrieren, und schließt daran die Aufforderung an die Bundesregierung, der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles nicht zuzustimmen, um die notwendige Zeit für Verhandlungen zwischen den Großmächten zu gewinnen, damit eine drastische Verminderung der Atomwaffen in Ost und West - auch der SS 20 - noch erreicht werden kann.
- Er macht darauf aufmerksam, daß Rüstung nicht erst im Krieg, sondern schon im Frieden tötet, und hebt damit den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Hunger in der Welt ins Bewußtsein.
- Er entwickelt Vorstellungen, wie man durch eine Änderung von militärischer Strategie und Bewaffnung Schritt für Schritt zu tatsächlicher Abrüstung gelangen kann.

Ohne jede Anbiederung kann ich feststellen: Wer die Diskussionen der Sozialdemokratie in diesen Monaten verfolgt, wird viele Parallelen zu dem erkennen, was die Naturwissenschaftler in Mainz vorgelegt haben. Das entlastet nicht, sondern verpflichtet eher zu noch größeren Anstrengungen.



/

Dabei ist auch dies von Bedeutung: Die deutschen Naturwissenschaftler, die sich in Mainz getroffen haben, stehen international nicht allein da. Im Gegenteil: Die stärksten Impulse stammen hier - wie schon im Falle der Diskussion in den christlichen Kirchen - aus den USA. Im Grunde vollzieht die naturwissenschaftliche Intelligenz in unserem Lande nach, was die Physiker und in ihrem Gefolge die Vertreter der anderen Disziplinen in den Vereinigten Staaten seit Jahren vorprägen. Der "concerned Scientist", der "betroffene Wissenschaftler", der sich politisch und moralisch engagiert, ist keine deutsche Erfindung, aber es ist gut, daß er in Deutschland Schule macht.

Dies führt zu drei Schlußfolgerungen:

1. Der Antiamerikanismus-Vorwurf gegen die Kritiker der "Weinberger-Politik", um es schlagwortartig zu sagen, lohnt im Grunde keine Auseinandersetzung mehr. In Wirklichkeit ist dieser Vorwurf tot, widerlegt durch die Realität.
2. Die Unterstellung, nur Leute mit schlechten Nerven und blühender Phantasie sähen im Rüstungswettlauf der 80er Jahre eine tödliche Gefahr, kann ernsthaft nicht aufrechterhalten werden. Sie ist mit der Entwicklung der Waffentechnik und dem, was auf diesem Gebiet noch bevorsteht, etwa im Weltraum, verantwortungslos geworden.
3. Es gibt kein Zurück in die 50er Jahre, in die "Geborgenheit" des kalten Krieges, weil eben jene Waffentechnik jeglichen Traum an vergangene Zeiten ad absurdum führt. Deshalb sind Wissenschaft und Kirchen, wer so will: Vernunft und Moral, heute auch an der Seite jener, die - über Rüstungskontrolle hinaus - endlich zu tatsächlicher Abrüstung durchstoßen wollen.

(-/4.7.1983/ks/va)

+ + +



Kein Silberstreif am Horizont

Deprimierende neue Zahlen aus Nürnberg

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Nachdem vor einem Monat die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Mai veröffentlicht wurden, gab es für die Bundesregierung seither eine Reihe von Gelegenheiten, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene das Problem der Massenarbeitslosigkeit endlich wirksam anzugehen, zum Beispiel auf dem EG-Gipfel Mitte Juni in Stuttgart oder bei den Beratungen des Bundeshaushaltes für 1984 im Kabinett.

Die Rechtsregierung hat alle diese Gelegenheiten nicht genutzt.

Sie verharnt stattdessen weiterhin im beschäftigungspolitischen Nichtstun, und leider spricht nichts dafür, daß sie diese ach so bequeme Haltung angesichts der heute in Nürnberg veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen für den Monat Juni 1983 aufgeben wird.

Sie ähnelt damit einem Schamanen¹⁾, der laut die sogenannten "Selbstheilungskräfte des Marktes" anrufend um die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit tanzt und auf den warmen Regen in Form von mehr Arbeitsplätzen hofft.

Als einzige Aktivität gegen die Arbeitslosigkeit ist das etwas zu wenig! Und den Tausenden von Arbeitslosen ist damit natürlich auch nicht geholfen!

Im Juni 1983 waren es nach der Nürnberger Statistik 8,7 Prozent aller Bundesdeutschen (2.126.655) und damit zwar 0,1 Prozent weniger als im Vormonat, doch selbst Herr Stingl scheut sich zu Recht, dies als Silberstreif am Horizont zu verkaufen: "...darf aber aus der Abnahme der Arbeitslosenzahl in diesem Juni nicht auf eine Änderung der schwachen Tendenz auf dem Arbeitsmarkt geschlossen werden."

Mit anderen Worten: Die Arbeitslosenzahl steigt saisonbereinigt weiterhin deutlich an, und nur die jahreszeitlichen Auftriebskräfte sorgten dafür, daß die Statistik nicht ein noch schlechteres Bild der Situation zeichnete.

So liegt die Zahl der Menschen ohne Arbeit in unserem Land nun um 29 Prozent oder 476.400 über dem Vorjahresstand.

Die Zahl der Neuzugänge an Arbeitslosen übertraf im ersten Halbjahr 1983 mit 1.779.100 die des Vorjahreszeitraumes um fünf Prozent.

1/ Schamane = Geisterbeschwörer, Zauberpriester



Besonders besorgniserregend ist dabei auch, daß im Vergleich zu 1982 vor allem die Zahl derjenigen um sage und schreibe 82 Prozent (46.300) anwuchs, die sich nach einer betrieblichen Ausbildung arbeitslos melden mußten.

Problemfall Nummer 1 sind immer noch die arbeitslosen Jugendlichen, deren Zahl sich unter anderem aufgrund der zu Ferienbeginn abgeschlossenen betrieblichen und schulischen Berufsausbildungen um weitere sieben Prozent auf nunmehr 168.300 erhöhte (24 Prozent über dem Vorjahresstand).

Wer kann es angesichts dieser und anderer Zahlen als tröstlich empfinden, wenn etwa zwei Drittel der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld oder -hilfe bezogen, im Juni eine Arbeit aufnehmen konnten? Die Arbeitsämter erzielten dabei bei den Arbeitsvermittlungen mit 80 Prozent besetzten offenen Stellen den bisher höchsten Ausschöpfungsgrad.

Allerdings nahm dabei auch die Zahl der in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Beschäftigten um 5.100 auf 50.100 zu. Sie übertraf den Vorjahresstand jetzt um 75 Prozent.

Nimmt man die Beschäftigungsdaten für einzelne Wirtschaftsbereiche, gab es zwar bei der Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter einen kräftigen Rückgang um 43 Prozent, doch in den Metall- und Elektrikerberufen belief sich die Arbeitslosenzahl auf 379.300 und ging damit um 38 Prozent über den Vorjahresstand hinaus.

Auch bei den Ingenieurberufen, den Waren- und Dienstleistungskaufleuten, bei den Büro-, Verwaltungs- und Gesundheitsdienstberufen sowie in den Sozial-, Erziehungs- und Geisteswissenschaftlichen Berufen hielt die ungünstige Tendenz unverändert an.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit ihren "Beschäftigungspolitischen Leitlinien" in der letzten Woche deutlich gemacht, was notwendig ist, damit von dem versprochenen "Aufschwung" nicht nur der "Aufschwung der Arbeitslosenzahlen" bleibt.

Leider aber zeigen erste Reaktionen von Christ- und Freidemokraten, daß man offensichtlich immer noch nicht bereit ist, endlich wirksam gegen die Massenarbeitslosigkeit anzugehen.

Es erhärtet sich der Verdacht, daß man in den Arbeitslosen eher eine einmal im Monat statistisch aufzubereitende Masse sieht als Menschen, denen dringend über ein staatliches Beschäftigungsprogramm geholfen werden muß.

Erhellend ist in diesem Zusammenhang schließlich auch der vor kurzem bekanntgewordene Brief der CDU-Bundesgeschäftsstelle an einen hilfesuchenden Arbeitslosen. Neben wohl aufmunternd gemeinten Worten, die man aber nur als blanken Zynismus auffassen kann, hieß es dort zum Schluß lapidar: "Für Ihre Zukunft und die Suche nach einem Arbeitsplatz wünschen wir Ihnen alles Gute. Bitte verlieren Sie nicht den Mut."

Wo aber bleibt das Tätigwerden der Bundesregierung, das den Arbeitslosen erst diesen Mut geben könnte?

Eine Wende der Wende ist dringend geboten: Weg von der selbstverordneten Bewegungslosigkeit in der Arbeitsmarktpolitik und hin zu einer beschäftigungspolitischen Offensive.
(-/4.7.1983/ks/va)

+ + +



Deutsch-polnische Beziehungen 1983

Zu den Giftpfeilen der Konservativen gegen die Ostverträge

Von Claus Arndt

Ehemaliger Berichterstatter des Bundestags-Rechtsausschusses zu den Ostverträgen

Seit Monaten wetteifern Politiker der CDU/CSU mit falschen und halbweisen Äußerungen, die elementare deutsche Interessen verletzen und das internationale Klima vergiften. Bundesinnenminister Zimmermann vermischt den Begriff der Wiedervereinigung des deutschen Volkes mit den Grenzen Deutschlands und der damals von allen Parteien im Bundestag und Bundesrat gemeinsam getragenen EntschlieÙung zu den Verträgen von Moskau und Warschau.

Mit Artikel I des Warschauer Vertrages hat die Bundesrepublik Deutschland die uneingeschränkte und rechtlich verbindliche Feststellung getroffen, daß die Oder-NeiÙe-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Diese Verpflichtung wurde entsprechend dem Grundgesetz mit Billigung von Bundestag und Bundesrat in freier Entscheidung übernommen. Sie bindet die Bundesrepublik völkerrechtlich, solange diese als solche besteht und ist durch das Ratifikationsgesetz innerstaatliches Recht geworden. Die Grenzfrage zu Polen ist daher insoweit für die Bundesrepublik rechtlich nicht mehr offen.

Erst die Verfassungsorgane eines nach der Wiedervereinigung des deutschen Volkes gebildeten gesamtdeutschen Staates wären theoretisch nicht an diese Feststellung gebunden, weil natürlich die Organe der Bundesrepublik ein wiedervereinigtes Deutschland mangels demokratischer Legitimation und entsprechender Souveränität nicht zu binden vermögen. Doch jedermann weiß, daß es eine Wiedervereinigung in einem einheitlichen Staat politisch jemals nur geben wird, wenn auch dieser die Oder-NeiÙe-Linie als endgültige polnische Westgrenze anerkennt. Das ist auch richtig und gerecht so, denn territoriale Zugehörigkeiten können sich in freiheitlichen Staatswesen stets nur nach dem Willen und der Volkszugehörigkeit der betroffenen Menschen, nicht aber nach geschichtlich vergangenen Zuständen richten. Ich sage dies als jemand, dessen beide Großväter Ostpreußen waren, dessen Vater in Königsberg geboren ist, und der selbst mit seiner Familie 1945 aus Schlesien vertrieben wurde - sowie als ein Mitverfasser der von den Herren Zimmermann, Hupka und anderen immer wieder sinnentstellt zitierten Bundestagsentschließung vom 17. Mai 1972.



Diese Entschließung geht ebenfalls von der gleichen Rechts-, Verfassungs- und Vertragslage aus, die oben dargelegt wurde. Der Halbsatz "Die Verträge schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" haben wir dort hineingeschrieben, um deutlich zu machen, daß die deutsche Seite mit den Verträgen nichts darüber auszusagen wünschte, wie jene Grenzen rechtlich zustande gekommen sind. Diese Absicht deckte sich im Ergebnis mit der polnischen Auffassung, da Polen die Existenz der Oder-Neiße-Linie als rechtmäßige Westgrenze Polens nicht auf die Verträge von Görlitz (mit der DDR) und Warschau stützt, sondern auf die Potsdamer Deklaration von 1945. Herr Zimmermann hat vor dem Bundestag den Eid auf die Verfassung und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland geleistet, er ist daher auch an die verbindliche Feststellung des Artikel I des Warschauer Vertrages gebunden, will er nicht eidbrüchig werden.

Es ist darüber hinaus ein Spiel mit falschen Karten, wenn immer wieder das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das die Präambel und Artikel 146 unserer Verfassung ausdrücklich auf das deutsche Volk beziehen, mit den Grenzen des deutschen Staates vom 31. Dezember 1937 in Verbindung gebracht wird. Der seit 1867 kontinuierlich bis heute bestehende deutsche Staat existiert unabhängig von seinen Grenzen, die seither häufig geändert wurden (zum Beispiel 1871, 1919, 1935). Das deutsche Volk lebt aber heute nicht mehr im ganzen Gebiet, das 1937 zum Deutschen Reich gehörte. Daher kann sich das Wiedervereinigungsgebot nicht auf dieses Gebiet erstrecken, definiert das Grundgesetz die Wiedervereinigung doch als Aufforderung an das gesamte deutsche Volk, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Aus gutem Grund erwähnen daher auch weder der Text des Grundgesetzes noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der DDR mit einem einzigen Wort die Grenzen des fortbestehenden deutschen Staates. Es ist daher eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn es Leute gibt, die immer so tun, als ob das Grundgesetz etwas über den territorialen Umfang der Wiedervereinigung aussage. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem erwähnten Urteil korrekterweise weder im Tenor noch in den Gründen etwas darüber ausgesprochen, auf welches Gebiet sich das Wiedervereinigungsgebot bezieht.

Es ist daher unerträglich, wenn der jetzt im Ruhestande lebende Berichterstatter und Verfasser des Urteilsentwurfs nachträglich mit Hilfe eines Leserbriefs an die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" versucht, die territoriale Komponente der Grenzen vom 31. Dezember 1937 in das Urteil hineinzuzinterpretieren, obwohl der erkennende Senat des Gerichts dies bei den Beratungen 1973 ausdrücklich abgelehnt und verworfen hatte.
(-/4.7.1983/ks/va)

+ + +

